

Haushaltsrede von Melanie Seufert
Fraktionssprecherin GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen
Aachen, am 24.01.2018

Es gilt das gesprochene Wort.*

Der etwas andere Blick auf die Stadt: Arbeiten, wohnen, mobil sein

Liebe Anwesende,

nachdem wir jetzt viel gehört haben über die Chancen der Digitalisierung, über fehlende Nachwuchskräfte, über Weichen, die gestellt, Dinge, die „abgebildet“, „ausgelotet“ oder „abgeschichtet“ werden müssten ..., möchten wir den Blick etwas weg vom Hochglanzprojekt Aachen mehr auf die grauen Seiten der Stadt werfen

Das Positive vorweg:

Die diesjährige Haushaltslage bietet uns im Vergleich zu den Vorjahren einen gewissen finanziellen Gestaltungsspielraum. Da freut man sich als Politikerin. Die Steuereinnahmen sind gestiegen. Die Einnahmen decken die Ausgaben. Der Verwaltungshaushalt ist ausgeglichen.

An dieser Stelle also erst einmal ein herzliches Dankeschön an Sie, Frau Grehling, und an die Kämmerei für dieses Mammutwerk.

Die Stadt kann zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Schulden abbauen. Uns geht es also eigentlich gut. Auch deutschlandweit. Die Konjunktur brummt. Die Auftragsbücher sind voll. Es herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Vermeintlich.

Und was machen unsere Mehrheitsfraktionen? **Alles TOP! – Never change a running system!**

Sie lehnen sich eher entspannt zurück, anstatt sich ernsthaft auch mit den grauen Seiten unserer Stadt auseinanderzusetzen. Wir möchten heute den etwas anderen Blick auf die drei zentralen Probleme unserer Stadt werfen. Drei Probleme, für die wir auch gerade aus sozialpolitischer Sicht eine Lösung finden müssen und die leider bei der Großen Koalition keine Beachtung finden.

Bisher hieß es immer: Wir haben kein Geld! Wir können nichts machen! Jetzt haben wir Geld, tun aber immer noch nichts.

Das Geld ist da – aber die Armut auch!

Erstes Thema: Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist deutschlandweit zwar auf einem historischen Tiefstand. Aber bei uns ist sie

überdurchschnittlich hoch: Sage und schreibe 21.500 Menschen sind in der Städteregion arbeitslos gemeldet. 75% von ihnen sind sogar langzeitarbeitslos. D.h., sie haben kaum eine Perspektive, eine reguläre Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden und damit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Fakt ist: In unserer Stadt gibt es sehr viele Menschen, für die das Geld nicht reicht, um über die Runden zu kommen. Die Armut wird in den Familien an die Kinder weitergegeben. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Reiches Aachen, arme BürgerInnen.

Zweites Thema: Wohnungen

Wer schon einmal in der Schlange einer Wohnungsbesichtigung stand, weiß, wie Angstschweiß riecht im Kampf um eine günstige Wohnung. Wer keine unbefristete Vollzeitstelle vorweisen kann, hat im Ringen um die Gunst des Vermieters das Nachsehen. **Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum in Aachen!**

Wir können als Politik nicht einfach in den Zuschauermodus verfallen und hoffen, dass der Schwächere in diesem Boxkampf schon gewinnen wird. Im Gegenteil. Es wird von Jahr zu Jahr, in dem wir nichts tun, schlimmer! Bis 2020 fehlen uns 5000 (!) Wohnungen. Jedes Jahr fallen 1000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Das Ergebnis steht fest: Die Wohnungsreserve ist aufgebraucht!

Die Stadt wird zu einer Art Wellnesszone für Besserverdienende. Der Schlagabtausch ist beendet. Punktsieg für die Besserverdienenden.

Drittes Thema: Mobilität

Unangefochtener Meister auf unseren Straßen ist das Auto. Die Stadt erstickt im Autoverkehr. Die Staus sind nur noch mit einem gewissen Galgenhumor zu ertragen. Und nicht nur die Luft in Aachen stinkt zum Himmel! Die Spaltung zwischen Arm und Reich wächst auch in der Mobilität.

Seien wir doch mal ehrlich: Der ÖPNV ist leider heute eine Art **Restverkehr** für Schüler*innen und Studierende, für die Älteren und Ärmeren in unserer Gesellschaft und so (!) keine Alternative zum kollabierenden Individualverkehr! Denn steige ich auf den Bus um, muss ich erstmal meine Komfortzone anpassen. Die Busse sind total überfüllt. Mit der Nase in der Achsel eines Fremden macht der Öffentliche Nahverkehr richtig Spaß. Und der Spaß hört ganz auf, wenn der Bus einfach nicht kommt und man im Winter bei Schnee und Kälte an der Haltestelle erfriert. Das Preis-Leistungsverhältnis ist ganz und gar nicht im Gleichgewicht!

Der Busverkehr war schon 2013 an seinen **Kapazitätsgrenzen** angekommen. Seit der Entscheidung über die Campusbahn ist nicht wirklich viel passiert. Es herrscht Ratlosigkeit bei der Ratsmehrheit.

Vorschläge für ein alternatives Verkehrskonzept in Aachen: Fehlanzeige. Neue Busspuren in Aachen: Fehlanzeige. Strukturelle Veränderungen: Fehlanzeige.

Vielleicht sollten wir mal eine Vermisstenanzeige aufgeben: Suche Diskussion über die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Finderlohn: Zufriedene Fahrgäste und saubere Luft.

Eine günstige und umweltfreundliche Alternative ist das **Fahrrad**. Doch viele Fahrradfahrer*innen wissen nicht, wo sie fahren sollen. Auf dem Gehweg dürfen sie nicht, auf der Straße wollen sie nicht. Wo soll ich denn bitte hin als Fahrradfahrerin? Die Radfahrinfrastruktur ist in weiten Teilen einfach sche*. Und wenn ich als gesundheitsbewusste Radfahrerin dann meine, ich hätte etwas Gutes für mich und das Fortbestehen meiner Art getan, habe ich anstelle von sauberer Luft Stickoxidpartikel in den Bronchien – gar nicht gut!

Insbesondere die **Sicherheit** ist katastrophal. Echt. Das darf so nicht bleiben! Wer sich schonmal mit dem Fahrrad über die großen Kreuzungen gequält hat, der weiß, das ist kein Zuckerschlecken. Im Vergleich zum Auto bin ich als Radfahrer*in in Aachen eindeutig benachteiligt. Es geht schlicht nicht schnell genug voran. Prominentes Beispiel ist der Krugenofen. Das Hin und Her der CDU bei den Fahrradschutzstreifen. Ja, aber erst wenn ... dann nur unter der Bedingung, dass ... und dann ging es auf einmal doch!

Was ist denn das für eine Verkehrspolitik? Keine Vision, kein Mut. Nix.

Das Ergebnis unserer Analyse lautet also:

Nichts ist gut. Liebe Rathaus-Mehrheit, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, es besteht Handlungsbedarf!

Wir müssen Antworten auf die Fragen finden:

- Wie können wir Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen?
- Wie können wir gleiche Wohnungschancen bieten?
- Und wie können wir die Mobilitätsangebote verbessern?

Wir GRÜNE haben folgende Antworten auf diese Fragen:

1. Antwort: Ausbau der Arbeitsmarktintegration

Auch Menschen ohne absehbare Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben ein Recht, in der Gesellschaft mitzumachen. Sie haben ein Recht auf soziale Kontakte, auf Tagesstruktur, auf eine Aufgabe. Darum muss endlich ein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt auf kommunaler Ebene aufgebaut werden, unabhängig von den Programm-Launen auf Bundesebene. Dortmund hat es bereits vorgemacht – übrigens mit Förderung durch die neue Landesregierung, liebe CDU.

Wir GRÜNE wollen unsere Stadt zu einer Modellkommune für ein **Förderprogramm Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration** machen. Ein solcher kommunaler sozialer Arbeitsmarkt kostet natürlich Geld. Viel Geld wird von der Stadt aber sowieso schon für die Kosten der Unterkunft aufgewendet.

Wir wollen dieses Geld nehmen und lieber Lohn statt Miete bzw. lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen.

Denn nichts ist so teuer wie eine schlechte Arbeitsmarktpolitik, die zuschaut, wie ein Teil unserer Gesellschaft dauerhaft abgehängt wird. Das Gefühl „einmal Hartz 4, immer Hartz 4“ nährt die Abstiegsängste, die unsere Stadt zu spalten drohen! Die Alternative ist klar: Wir müssen mehr konkrete Perspektiven schaffen. Und nicht nur auf Sozialkonferenzen darüber reden!

Aber was sagt die SPD dazu, die den sozialen Arbeitsmarkt auch in diversen Wahlprogrammen fordert? Unter dem Vorwand kollektiver Nichtzuständigkeit, sagt sie: Für die Armutsbekämpfung ist die StädteRegion zuständig. Lass das mal die Anderen machen.

2. Antwort: Mehr kommunaler, sozialer Wohnungsbau

Wollen wir aus der Wohnungsmisere raus, muss die Stadt auch selbst wieder Wohnungen bauen. Daran führt kein Weg vorbei. Wir brauchen 1000 neue Wohnungen pro Jahr und endlich eine andere Logik, die nicht einfach nur besagt: Liebe Privatinvestoren, baut, baut, baut! Sondern: wir müssen vor allem auch sozial selbst bauen.

Wir brauchen nicht mehr **Luxuswohnungen** in unserer Stadt, sondern mehr **bezahlbaren Wohnraum** für Rentner*innen, Familien, Studierende, für Normal- und Geringverdiener und für Flüchtlinge. Hier macht es uns die Stadt Köln vor. Dort wurde mit breiter Mehrheit ein kommunales Wohnungsbauprogramm aufgestellt.

Es ist ein Armutszeugnis für uns – nein für Sie! – dass wir sowas in Aachen nicht hinkriegen! Seit vier Jahren fordern wir GRÜNE ebenfalls ein solches kommunales Wohnungsbauprogramm und Sie und die Kämmerin sagen: Wir haben kein Geld!

Wir müssen heute in die Zukunft von Morgen investieren. Es rechnet sich doch auch wirtschaftlich, wenn wir den städtischen Wohnungsbestand erhöhen! Bei den Niedrigzinsen und den hohen Zuschüssen wird Ihnen das jeder Finanzexperte bestätigen. Warum wir als Stadt nicht in den Wohnungsbau investieren – das ist für uns nicht nachvollziehbar!

„Wohnen ist ein Grundrecht“ – sagt Ihr Martin Schulz, liebe SPD.

3. Antwort: Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs

Wir müssen dringend eine Antwort auf die Fragen finden:

- Wie können wir die Situation für die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen verbessern?
- Und: Wie können wir mehr Menschen zum Umstieg auf Bus und Fahrrad bewegen?

Unsere Antwort lautet: Es ist Zeit für einen grundsätzlichen Wandel in der Mobilitätskultur: Weg vom Vorrang des individualisierten Verbrennungsmotors, hin zu einer sicheren, flexiblen und umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur!

Wollen wir die Mobilitäts-Bedingungen für Menschen mit niedrigem Einkommen verbessern; wollen wir die Luftverschmutzung reduzieren, wollen wir, dass die Menschen ihr Mobilitätsverhalten ändern, wollen wir mehr Gerechtigkeit in der Mobilität, dann brauchen wir:

1. Eine Neuaufteilung der Verkehrsflächen mit mehr Platz für Fahrrad, Fußgänger*innen und ÖPNV,
2. bessere und sichere Fahrradwege.

Wir müssen schnellstens die großen, gefährlichen Kreuzungen rad- und fußgängersicher überplanen, damit sich schreckliche Unfälle wie die der letzten Jahre nicht wiederholen.

3. Und wir müssen den Öffentlichen Nahverkehr schneller ausbauen und qualitativ verbessern. Der ÖPNV muss moderner und leistungsfähiger werden!

Menschen müssen auch ohne eigenes Auto die Möglichkeit haben, sicher, flexibel und günstig unterwegs zu sein.

Ich komme zum Schluss:

Die grauen Seiten Aachens bleiben bestehen, der Großen Koalition fehlt schlichtweg der Mut, sie anzugehen. Warum die vermeintliche „Gestaltungsmehrheit“ so wichtige Themen wie den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und eine gerechtere, umweltfreundlichere Mobilität in Aachen nicht in die Hand nimmt, ist uns ein Rätsel.

Und dabei sind diese drei Themen nur ein Ausschnitt all dessen, was aktuell in der Kommunalpolitik anliegt.

Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.

Wir verstehen natürlich, dass eine Mehrheit sich nicht auf die Vorschläge der Opposition einlassen will. So geht nun mal Politik. Dabei sollte es doch bei aller politischen Konkurrenz in erster Linie um die Sache und um die Menschen in der Stadt gehen.

Für dieses Jahr würden wir uns deshalb wünschen: Warum nicht mal einen neuen Politikstil wagen und zu den Vorschlägen der Opposition „JA“ sagen?

Lassen Sie uns gemeinsam die grauen Seiten Aachens auf die Sonnenseite des Lebens holen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

An die Redaktionen

Aachen, 23. Januar 2018

Haushaltsrede 2018 (Sperrvermerk 24.1.2018, 17⁰⁰ Uhr)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich bei Ihnen, Frau Grehling, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, dass Sie jederzeit, auch nach Dienstschluss, bei allen Fragen des umfangreichen Zahlenwerks zur Verfügung standen. Das ist nicht selbstverständlich. Unser Dank gilt hier insbesondere Herrn Kind und Herrn Guth.

Aber Zahlen sind natürlich nicht alles. Albert Einstein hat einmal gesagt: „Nicht alles, was man zählen kann, zählt auch, und nicht alles was zählt, kann man zählen“. Und so müssen wir auch beim städtischen Haushalt hinter die Zahlen schauen und fragen, was Politik und Verwaltung für die Menschen in Aachen tun.

Vor kurzem hat der Rat einen Markenbildungsprozess für Aachen beschlossen, für den man auch eine externe Beratung für 70.000 Euro in Anspruch nehmen will. Ziel des Vorhabens ist es, dass sich Touristen und Einwohner stärker mit dieser Stadt identifizieren. Ganz davon abgesehen, dass diese Arbeit sicher auch von der eigenen Verwaltung geleistet werden könnte, ist unsere Fraktion mehr als skeptisch, ob man eine Stadt als Marke verkaufen sollte.

Gablers Wirtschaftslexikon definiert den Begriff „Marke“ wie folgt: „Eine Marke kann als die Summe aller Vorstellungen verstanden werden, die ein Markenname oder ein Markenkennzeichen bei Kunden hervorruft bzw. beim Kunden hervorrufen soll, um die Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denjenigen anderer Unternehmen zu unterscheiden“.

Kunden? Waren? Unternehmen? Aachen ist doch kein Unternehmen, das seine Waren an die Einwohner*innen verkauft. Und Aachen ist auch kein Markenname, sondern ein Ort, in dem Menschen wohnen, leben, arbeiten, ihre Freizeit verbringen oder als Touristen den Dom und andere Sehenswürdigkeiten besuchen. Politik, Verwaltung und alle anderen Verantwortlichen haben dafür Sorge zu tragen, dass es den Menschen in Aachen gut geht. Wir können das alles auch als Daseinsvorsorge bezeichnen.

Einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zur Hilfe für sozial benachteiligte Einwohner*innen leisten die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Darum hat DIE LINKE auch in diesem Jahr, übrigens als einzige Fraktion, den Anträgen auf Erhöhung der Zuschüsse auf Grund von Personal- und Sachkostensteigerungen umfassend entsprochen. Auf der anderen Seite zeigen die finanziellen Probleme beim Diakonischen Kirchenkreis, dass einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge und der

sozialen Arbeit nicht von der Situation der Träger abhängig sein dürfen. Die Kommune trägt hier die Verantwortung für die Wahrnehmung der entsprechenden Aufgaben.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Frage. Finden Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch zurecht in dem Dschungel von Zweckverband Regio Aachen, Metropolregion Rheinland, Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen und was es sonst noch an Zusammenschlüssen gibt? Mir jedenfalls konnte bisher niemand überzeugend erklären, was zum Beispiel die Metropolregion Rheinland, für die wir immerhin einen Mitgliedsbeitrag von 22.000 Euro jährlich zahlen, der Stadt Aachen wirklich bringt.

Auch Sinn und Zweck des Projektes Wissenschaftsstadt erschließt sich unserer Fraktion nicht wirklich. Und nun haben CDU und SPD in den Haushaltsberatungen des Hauptausschusses auch noch beschlossen, den jährlichen Betrag von 75.000 Euro bis zum Jahr 2021 fortzuschreiben. Dem kann DIE LINKE nicht zustimmen.

Eine der großen kommunalpolitischen Herausforderungen ist und bleibt das Thema Luftreinhaltung. Die Gesundheit der Einwohner*innen muss bei allen Überlegungen und Vorschlägen an erster Stelle stehen. Eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist in diesem Zusammenhang eine zentrale Forderung der LINKEN. Wie wäre es beispielsweise mit einem jährlichen, von unserer Fraktion bereits vorgeschlagenen, autofreien Sonntag in der Innenstadt, der ein gutes Signal für eine neue politische Sichtweise auf den Autoverkehr darstellen würde? Aber dieser Vorschlag scheitert wahrscheinlich an der Großen Koalition, die nach wie vor um jeden Parkplatz kämpft.

Das Mobilticket muss deutlich preiswerter angeboten werden, damit auch Menschen mit kleinem Geldbeutel den Bus nutzen können. Aber dass hierfür die Landeszuschüsse erhöht werden, ist angesichts einer Landesregierung, die das Sozialticket am liebsten abgeschafft hätte, nicht zu erwarten. DIE LINKE ist im Übrigen die einzige Partei, die die ökologischen Herausforderungen mit der sozialen Frage verbindet.

Für unsere Fraktion ist die Entwicklung der E-Mobilität eine von vielen Bausteinen für eine bessere Luftqualität. Kritiklos und nur euphorisch sollten wir dieser Entwicklung aber nicht gegenüber stehen. Der Strom für die Autos und Busse kommt auch von der Braunkohle, die die Luft in besonderer Weise verpestet. Und das Kobalt für die Batterien wird in Afrika unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen und auch durch Kinderarbeit gewonnen. Wenn gute Luft bei uns durch die Gesundheitsgefährdung von Menschen in Afrika erkaufte wird, ist das kein guter Deal.

Wir begrüßen es, meine Damen und Herren, dass im Stellenplan 90 zusätzliche Stellen, insbesondere bei der Feuerwehr und in Kitas, vorgesehen sind. Das wäre doch der richtige Augenblick, auch die Wiederbesetzungssperre endlich aufzuheben, zumal der Oberbürgermeister selbst auf den Fachkräftemangel im Verwaltungsbereich hingewiesen hat, der notwendige Planungen und wichtige Vorhaben der Stadt verzögert oder sogar verhindert.

Seit Jahren setzt sich DIE LINKE für die Ausweitung der Schulsozialarbeit ein. So haben wir jüngst eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Haushaltsjahre 2018 – 2021 um jeweils 600.000 Euro beantragt. Mit diesem zusätzlichen Geld hätten besonders die Gymnasien mit weiteren Stellen versorgt werden können, wäre unser Antrag nicht abgelehnt worden.

Ein Thema, das die Kommunalpolitik schon seit Jahren beschäftigt, sind fehlende bezahlbare Wohnungen. Nicht nur Menschen mit wenig Geld, sondern auch diejenigen Einwohner*innen, die ein mittleres Einkommen beziehen, haben zunehmend Probleme, eine Wohnung zu finden, die sie sich leisten können. Alleinerziehende sind, wie wir aus verschiedenen Gesprächen wissen, immer häufiger gezwungen, aus der Innenstadt wegzuziehen. Dass die Landesregierung die Mietpreisbremse, auch wenn sie nicht besonders erfolgreich war, nun abgeschafft hat, verschärft die Probleme zusätzlich.

Bis zum Jahr 2020 fehlen in Aachen ca. 3.800 preiswerte Wohnungen; bis 2030 wird der Bedarf um weitere 3.000 Wohneinheiten steigen. Zusätzlich werden etwa 2.000 Wohnungen für geflüchtete Menschen benötigt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Wohnkosten nicht nur aus der Miete bestehen, sondern auch aus den Aufwendungen für Strom und Heizung. DIE LINKE hat seit 2010 zahlreiche Anträge zu diesem Themenkomplex gestellt. Mit unseren Forderungen nach einer Zweckentfremdungsverordnung, einem Stromsozialtarif oder Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit, um an dieser Stelle nur einige wenige zu nennen, wollten wir unseren Beitrag dazu leisten, die Wohnsituation gerade auch für sozial benachteiligte Menschen zu entschärfen. Leider wurden alle diese Vorschläge von der Mehrheit des Rates abgelehnt.

Seit vielen Jahren, meine Damen und Herren, wird die Umgestaltung des Altstadtquartiers Büchel diskutiert. Für unsere Fraktion ist hierbei eines klar: Das Rotlichtviertel bleibt, insbesondere auch im Sinne der dort arbeitenden Frauen, in der Antoniusstrasse. Ihre Lebens- und Arbeitssituation in der Innenstadt muss verbessert werden; durch eine Vertreibung an den Stadtrand erreicht man das nicht. Lassen Sie uns begreifen, dass Widersprüche in einem Stadtviertel ausgehalten werden müssen. Auch die Neugestaltung des Bushofes sollte nun endlich Fahrt aufnehmen, damit das triste Bild in diesem Bereich der Stadt schnellstmöglich der Vergangenheit angehört. Zur Stadtplanung insgesamt möchte ich betonen, dass es immer um die Bedürfnisse der hier lebenden Einwohner*innen gehen muss und nicht um die Profitinteressen zweier Investoren.

Beim traditionellen Handwerker-Frühstück im Rathaus haben Sie, Herr Oberbürgermeister, mit Freuden festgestellt, dass es wider Erwarten für das Haushaltsjahr 2017 kein Defizit geben wird. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass bei der Gewerbesteuer 25 Mio. Euro mehr eingenommen wurden als im Haushalt ursprünglich eingeplant.

Der so gewonnene finanzielle Spielraum sollte unserer Meinung nach für soziale Investitionen genutzt werden. Wenn Aachen schon eine Modellregion für Digitalisierung und E-Mobilität ist, könnte sie doch auch zu einer Modellregion für eine soziale Stadt werden. Mildern wir die Folgen der Altersarmut ab, damit den betroffenen Menschen, und es werden immer mehr, die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe nicht verwehrt bleibt. Sorgen wir dafür, dass auch Kinder, die in armen Verhältnissen aufwachsen, wieder mehr lachen können, weil sie nicht von Kino, Zirkus und anderen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ausgeschlossen bleiben. Kümmern wir uns darum, dass Menschen mit wenig Geld sich auch weiterhin vom Spiel des Stadttheaters berühren lassen können. Setzen wir uns dafür ein, dass die Fahrt mit dem Bus nie am Geldbeutel scheitern darf. Denken wir doch mal über den fahrscheinlosen ÖPNV nach. Richten wir einen Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren ein, damit niemand mehr zitternd vor Kälte im Dunkeln sitzen muss. Und investieren wir mehr in die Integration der Menschen, die vor Krieg und Not zu uns geflüchtet sind.

Wenn diese „Visionen“ umgesetzt würden, könnte auch DIE LINKE einem Haushalt zustimmen. Jetzt können wir es nicht.

Leo Deumens
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Rede von Wilhem Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 5.1, Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan – Haushaltsreden / 2018 in der Ratssitzung am 24. Januar 2018

Es gilt das gesprochene Wort !

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin und Kämmerin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

alle Jahre wieder - es ist wieder soweit ! Ende Januar vor dem Karlsfest steht das Ende der jährlichen Haushaltsplanberatungen mit den Reden der Fraktionsvorsitzenden in der ersten Ratssitzung des neuen Jahres an.

Was haben wir hier in den letzten Jahren bei diesem Tagesordnungspunkt nicht alles erlebt ! Regierungserklärungen, Fensterreden, die mit dem Thema Haushalt aber auch gar nichts zu tun haben, Büttenreden, die besser in die närrische Ratssitzung passen würden und zuletzt auch seit dieser Wahlperiode unsägliche Provokationen, die der Würde dieses Rates nicht angemessen sind.

Ich appelliere daher nochmals an alle Fraktionen dieses Hauses, sich auch tatsächlich nur auf den Haushalt 2018 und die mittelfristige Finanzplanung zu beschränken und wiederhole meinen Vorschlag, den ich bereits vor nunmehr zehn Jahren an dieser Stelle gemacht habe: Trennen wir die Haushaltsdebatte von der Grundsatzdebatte und machen diesen Rat wieder zum zentralen Ort der kommunalpolitischen Debatte in Aachen und führen die Grundsatzdebatte in einer Sitzung vor oder nach den Sommerferien - dies würde die Debattenkultur in diesem Stadtrat erheblich verbessern !

Die FDP-Fraktion stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung nicht zu !

Ganz so kurz möchte ich es dann auch in diesem Jahr nicht machen !

In der Sitzung des Finanzausschusses am vorletzten Dienstag, die nicht einmal eineinhalb Stunden gedauert hat, hieß es von Seiten der Grünen, der Stadt Aachen gehe es gut wie niemals zuvor !

Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit !

Die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Regierungsbezirk Köln ist nach wie vor kritisch.

Auch in Aachen kann trotz der wieder erfreulichen Steuereinnahmen, vor allem bei der Gewerbesteuer, und der hohen Schlüsselzuweisungen für die Kommunalfinanzen keine grundlegende Trendwende festgestellt werden. Steigende Ausgaben insbesondere im Sozialbereich, bei uns über die Städteregionsumlage, zehren die guten Steuererträge wieder auf. Trotz der guten konjunkturellen Lage und historisch niedriger Zinsen steigen die Aufwendungen um 3,6 Millionen Euro stärker an als die Erträge. Hinzu kommen die Lasten durch die weiterhin erhebliche Zahl von Flüchtlingen und weiterer Konsolidierungsdruck durch gestiegene Personalkosten.

So wurden in den letzten Jahren rund 400 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, vor allem Erzieherinnen, Feuerwehrleute und Sozialarbeiter. Der Stellenplan für 2018 weist im Vergleich zu 2017 immerhin insgesamt 55 Stellen mehr aus !

Daher hat der Städte- und Gemeindebund in Nordrhein-Westfalen eine bessere Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs, die Weiterentwicklung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen und eine nachhaltige und kostendeckende Unterstützung durch Bund und Land bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik gefordert. Fast alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen schaffen den Haushaltsausgleich nur, indem sie ihr Eigenkapital aufzehren: der Abbau der Ausgleichsrücklage und dann der allgemeinen Rücklage kann im Neuen Kommunalen Finanzmanagement zum fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt werden.

Zwar entwickelt sich der Abbau des Eigenkapitals im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung von 2018 bis 2021 durchaus positiv: 3,91 % in 2018, 4,91 % in 2019 und dann 3,42 % in 2020 und 3,70 % in 2021 - also bis auf das nächste Haushaltsjahr jeweils deutlich unter 5, ja sogar unter 4 %.

Die Stadtkämmerin hat jedoch bereits bei ihrer Rede bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2018 in der Ratssitzung am 18. Oktober 2017 richtigerweise ausgeführt, dass die Verwaltung auch in diesem Jahr einen Entwurf eingebracht hat, der einen genehmigungsfähigen Haushalt begründet. „Nicht mehr und nicht weniger“.

Der Haushalt der Stadt Aachen für das Jahr 2018 weist jedoch ein Defizit in Höhe von rund 34 Millionen Euro auf. Die Kämmerin spricht von einer stabilen Finanzsituation. Trotz zusätzlicher Belastungen ist es gelungen, die Finanzlücke nicht weiter aufreißen zu lassen.

Auch unser Stadttheater benötigt erneut höhere Zuschüsse. Allein für 2018 werden es knapp 370.000 Euro zusätzlich sein. Finanzieren kann die Stadt das vor allem wegen der guten Steuereinnahmen. Dies darf aber kein Freibrief sein !

Da der Eigenbetrieb Theater und Musikdirektion wiederum in das Defizit gerät, muss der operative Betrieb des Theaters gesichert werden, um Planungssicherheit sowohl im Eigenbetrieb als auch in der allgemeinen Verwaltung zu garantieren, zumal in der Eigenbetriebsverordnung die garantierte Verlustübernahme verankert ist. Da die Kämmerin in ihrer Haushaltseinbringungsrede moniert hat, dass es an klaren Vorgaben, also an „qualitativen und monetären Zielen“ mangelt, haben Finanzausschuss und Betriebsausschuss zur zukünftigen Finanzausstattung des Eigenbetriebs Stadttheater und Musikdirektion eine Zielvereinbarung auf Vorschlag der Verwaltung empfohlen, die der Rat im nächsten Tagesordnungspunkt 5.2 beschließen wird.

Kernpunkt dieser Zielvereinbarung ist insbesondere ein eigener Kostendeckungsbeitrag des Theaters von 16 % bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung, also 2021. Dieses hochgesetzte Ziel muss der Eigenbetrieb unbedingt anstreben und auch erreichen, auch wenn das Theater aufgrund seiner hohen Personalkosten verhältnismäßig nur eingeschränkte Konsolidierungsmöglichkeiten hat, denn es darf kein Missverhältnis zwischen den Fachbereichen der Kernverwaltung und den Eigenbetrieben geben.

Zurück zum Haushalt an sich ! Während das laufende Haushaltsjahr sich gegenüber der letztjährigen mittelfristigen Finanzplanung leicht verschlechtert hat, läuft lediglich das Jahr 2019 bei einer unterjährigen Verschlechterung Gefahr die 5 %-Grenze zu erreichen, was allerdings noch kein Haushaltssicherungskonzept zur Folge hätte, da in den letzten beiden Jahren der Planung 2020 und 2021 der Eigenkapitalverzehr, also die Verringerung der allgemeinen Rücklage, jeweils deutlich unter 4 % sinkt, dies insbesondere durch die Vorteile des Fortfalls des Solidarpaktes beziehungsweise des Fonds deutsche Einheit.

Die FDP-Fraktion freut sich sehr, dass der nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Energie und Digitalisierung Professor Dr. Andreas Pinkwart von den Freien Demokraten die Stadt Aachen zur Teilnahme am Projekt der neuen Landesregierung „Digitale Modellregionen“ ausgewählt hat. Dies bietet unserer Wirtschaft vielfältige Chancen und der öffentlichen Hand gleichzeitig Potenziale zur Entlastung unserer Haushalte !

Wir Freien Demokraten begrüßen, dass Verwaltung und Gestaltungsmehrheit dieses Rates von einer weiteren Erhöhung der Realsteuersätze, sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei der Grundsteuer B, absehen. Dies sichert die Attraktivität des Standortes und die Wettbewerbsfähigkeit der Aachener Unternehmen.

Auch den ab 2021 geplanten Abbau der Kassenkredite können wir nur befürworten ! Für 2018 wird aufgrund der Übertragung diverser zahlungswirksamer Verpflichtungsermächtigungen allerdings erst einmal mit einem Anwachsen der Liquiditätskredite gerechnet werden müssen !

Schwerpunkte im neuen Haushalt sind die Neuplanungen der Unterbringung der Verwaltung, insbesondere in der Lagerhausstraße, die zuletzt im Planungsausschuss in der vergangenen Woche diskutiert worden sind und wie jedes Jahr die Regionsumlage, deren Benehmen wir im letzten Oktober wiederum hergestellt haben.

Bei einem Gesamtaufwand von einer knappen Milliarde Euro ist der Fehlbedarf von knapp 34 Millionen Euro nicht zuletzt wegen neuer Belastungen, wie beispielsweise der Krankenhausumlage, solide finanziert, aber nicht der große Wurf !

Ohne eine umfangreiche Unterstützung von Bund und Land wird es der Stadt Aachen aber auch nicht alleine gelingen eine nachhaltige Konsolidierung zu erreichen. Gerade die nordrhein-westfälische Landesregierung hat hier jedoch bereits im ersten Jahr sehr positive Signale gesendet. So steht ' bereits im Koalitionsvertrag von CDU und FDP, dass das Konnexitätsprinzip wieder Beachtung finden soll und im Bundesrat eine deutlich höhere und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den kommunalen Soziallasten gefordert werden wird.

Die Landesregierung selbst hat in der ersten Plenarwoche des neuen Jahres bereits mit den Stimmen von CDU und FDP den ersten Landeshaushalt seit 45 Jahren verabschiedet, der ohne neue Schulden auskommt. Hier steht also die schwarze Null, was eine Trendwende in der Haushaltspolitik des Landes - wie übrigens auch in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik - bedeutet !

Die im Finanzausschuss im Wege der Veränderungsnachweisung sowohl im konsumtiven als auch im investiven Bereich einstimmig beschlossene Erhöhung der Mittel für die Kultur außerhalb städtischer Einrichtungen, die Planungskosten für den dritten Bauabschnitt der Sanierung und Modernisierung für das Freibad Hangeweiher sowie die Mittel für die Förderung freier Netzwerke trägt die FDP-Fraktion gerne mit.

Den Gesamthaushalt lehnen wir jedoch - wie in den Vorjahren - wegen einer nicht ausreichenden Konsolidierung, einer immer noch fehlenden vollständigen Aufgabenkritik sowie einer falschen politischen Schwerpunktsetzung ab.

Erfreulich ist aber auch für die FDP dass die Haushaltssatzung 2018 und die mittelfristige Finanzplanung in diesem Jahr ohne größere Schwierigkeiten oder Auflagen von der Bezirksregierung in Köln genehmigt werden können !

Die Hauptthemen für 2018 müssen die Steigerung der Attraktivität für Unternehmen, die Stärkung unserer Hochschulen in der Wissenschaftsstadt Aachen, die beschleunigte Entwicklung des Campus West und die weitere Planung und Realisierung diverser Bauprojekte vom Richtericher Dell, der Altstadtsanierung vom Büchel und Nikolausviertel, aber ohne Bordellbetriebe, über das ehemalige Lust for Life bis zur Neuplanung des Bushofes, die Realisierung der Bauvorhaben in der Adalbertstraße, namentlich Peek und Cloppenburg, und die Intensivierung des Wohnungsbaus ohne überflüssige bürokratische Hemmnisse sowie die Planung der dringend erforderlichen Mehrzweckhalle und die Elektrifizierung des ÖPNV, möglichst mit einer elektrisch betriebenen Buslinie über den Markt sein.

Die FDP-Fraktion dankt der Kämmerin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung und insbesondere Herrn Kind und Herrn Guth sowie auch des Fachbereichs Steuern und Kasse von Herrn Herrmann für die hervorragende Arbeit seit der Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung und vor allem in den arbeitsintensiven Wochen vor der Haushaltseinbringung über die beiden Veränderungsnachweisungen bis zur letzten Anpassung im Finanzausschuss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit !

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich anfangen möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zu gratulieren. Wie ich der Presse entnommen habe, stellt ihr Haushalt dieses Jahr den Kinderprinz. Das ist insofern eine Leistung, da das Auswahlverfahren ähnlich ist wie bei der Geschäftsführung der KUBA. Dann habe ich auch etwas mitgebracht und zwar für Sie, Frau Grehling. Und zwar ist das jetzt meine 3. Haushaltsrede und ich wollte nicht schon wieder klagen, dass Sie noch immer nicht die Transparenzsatzung erstellt haben - wie geplant - auf die wir so sehnsüchtig warten. Da habe ich mir gedacht, ich mache das dieses Jahr anders und schenke Ihnen ein Bild von mir für ihren Schreibtisch inklusive römischer drei und es kommt jetzt eventuell jedes Jahr ein neues dazu. Ich hoffe, Sie stellen das auf Ihren Schreibtisch. Bild und Bilderrahmen haben 5 € gekostet, sodass wir da in Sachen Compliance "safe" sind. Ich war erst bei Swarovski und Lücker- aber dann ist mir die Complianceregel eingefallen und ich bin zum CDU-eigenen Supermarkt REWE Stenten gegangen.

Jetzt aber zum Haushalt. Wir möchten auch der Verwaltung und besonders der Kämmerei für die Erstellung des Haushalts danken. Ganz besonders möchten wir Herrn Kind und Herrn Guth danken, die sich von uns haben löchern lassen und dabei sehr hilfsbereit und kompetent waren. Der Tagesordnungspunkt heißt ja gerade Haushaltsdebatte 2018 - eigentlich müsste der aber Haushaltsscheindebatte oder Kommunalpolitiker Openmic Session heißen. Für Sie, Herr Mohr, das heißt übersetzt "offene Schallaufnahme Sitzung" ihre Gruppe hat es ja nicht so mit dem Englischsprech. Zum Haushalt wird ja traditionell wenig debattiert. Jeder gibt hier nochmal sein "Best of" zu Protokoll. Am Ende stimmt die Groko zu und der Rest ist dagegen. Und selbst wenn man sich den Haushalt mal intensiv anguckt: der Haushalt hat auch wenig mit Realität zu tun. Wir kritisieren ja regelmäßig die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und deren systematisches Ausbluten, als Vermächtnis für die kommenden Generationen. Ich habe ja in der letzten Sitzung des Finanzausschuss vernommen, dass da Finanzspritzen geplant sind. Ich bin mal gespannt. Ich habe mir mal die Mühe gemacht und habe mir ein paar Zitate aus den Jahresabschlüssen rausgesucht zu den Finanzen.

Jahresabschluss 2016 Aachener Stadtbetrieb: "Nicht ausreichend gesicherte Liquidität!"

Jahresabschluss 2016 Gebäudemanagement: Auf Nachfrage sagt der Wirtschaftsprüfer: Die Finanzierung sei keine nachhaltige Zukunftsmethodik.

Jahresabschluss 2016 Eurogress: "...auch unter Berücksichtigung von Umsatzsteigerungen Verluste erwirtschaften wird."

Zugegeben: Es ist auch natürlich blöd für sie, wenn sie hier eine

Fraktion sitzen haben, die sich wirklich alles durchliest und ich kann Ihnen sagen, die knapp 500,- € Schmerzensgeld, die man hier für den Job bekommt, stehen da in keiner Relation. Unter Oberbürgermeistergehalt mache ich das, glaube ich, auch nicht nochmal.

Apropos Oberbürgermeister. Sie hatten ja auch ein ziemlich bewegtes Jahr und wir sind auch mal auf ihr Jahr 2018 gespannt, was Sie da wieder für Bonbons noch in der Hinterhand haben. Was hatten wir 2017 nicht alles für Skandalchen. Mitarbeiter die im Recyclinghof vom Stadtbetrieb ihren betriebsinternen Betrieb aufgebaut haben, Mitarbeiter beim Theater die ihren eigenen Betrieb im Eigenbetrieb hatten und nicht zuletzt den Personalrat und SPD Vize-Bürgermeister aus der Eifel, der sich aus Versehen mehrfach Geld aufs eigene Konto überwiesen hat.

Nichtsdestotrotz ist man ja dann hier zu dem Entschluss gekommen, dass wir hier keine Probleme in Sachen Korruptionsbekämpfung haben und eine Mitgliedschaft bei Transparency International wäre ja auch überflüssig.

Man würde damit ja eingestehen man hätte etwas zu verbergen.

Waaaahnsinn. Also bei den Vorfällen und Argumenten, da wird jeder sizilianische Bürgermeister neidisch. Wir könnten ja auch mal überlegen, ob die Stadt Palermo auf Sizilien nicht Interesse an einer Städtepartnerschaft hat. Ich stell mir das dann so vor, dass wir eine Delegation dahin schicken. Statt Myrrhe, Weihrauch und Gold bringen wir Nobis Printen, Zentis Pflümli und wir haben bestimmt irgendwo noch so eine goldene Mini Karl Figur rumstehen, die überreichen wir dann und sagen: "Wir haben ein Angebot das können Sie nicht ausschlagen!" Die Themen Korruptionsbekämpfung und Transparenz sind halt hier immer ungerne gesehene Gäste. Die größte Leistung von der Groko und Verwaltung in Sachen Transparenz war jedoch das neu eingeführte E-Ticket, das haben sie so machen lassen, dass da wirklich jeder mitlesen kann.

Aus der Presse haben wir vor anderthalb Wochen vernommen, dass wir 2017 einen ausgeglichenen Haushalt hatten. Letzte Woche wurden wir dann auch im Finanzausschuss informiert. Jetzt könnte man denken: "Wow" toll gemacht, Groko. Man sollte jedoch auch hinterfragen, wie es dazu gekommen ist. Ich weiß, auf Bundesebene wird das auch nicht so gerne gemacht, da werden dann Herr Schäuble und Frau Merkel oft als die großen Finanzgenies gefeiert. Leider auch zu Unrecht. Gründe für den vermeintlich ausgeglichenen Haushalt der Stadt Aachen sind jedoch die aktuelle Niedrigzinssituation, Personalstellen, die man nicht besetzen konnte, Straßenbaumaßnahmen, die man nicht umsetzen konnte und erhöhte Gewerbesteuereinnahmen. Bei aller Euphorie über erhöhte Gewerbesteuereinnahmen darf man nicht vergessen, wo die Gewinne herkommen oder auf welchem Rücken die Gewinne erzielt worden sind. Wir wissen alle aus dem Armutsbericht der Bundesregierung, dass es immer mehr arme Menschen gibt und die Gewinne nicht bei den Menschen ankommen. Ein Beispiel: Ich bin als Bezirksleiter im Einzelhandel tätig und ich kann jedem mal empfehlen früh morgens im Raum Aachen in Supermärkte zu

gehen. Es ist erschreckend wieviele Leiharbeiter in den Läden stehen und die Regale befüllen, weil die Märkte keine Mitarbeiter einstellen wollen, die nach Tarif bezahlt werden müssen.

Aber heute stimmen wir ja über den Haushalt 2018 ab. Letztes Jahr wurde mir ja vorgeworfen, der redet ja gar nicht über den Haushalt. Da habe ich mir gedacht, ich rede diesmal was mehr über den Haushalt, ich bin ja für konstruktive Kritik offen. Aber worüber soll ich denn da großartig reden? Die 183.000€, die die Groko im Finanzausschuss letzte Woche geändert hat bei einem Haushaltsvolumen von fast 1 Mrd? Ihnen gratulieren, dass Sie endlich Freifunk 20.000€ in zwei Jahren zahlen, wo wir uns jahrelang den Mund fusselig geredet haben. Oder soll ich zum gefühlten 100. Mal die Schallplatte rausholen, wo ich mecker, dass wir ein Open Data Portal haben aber wir keine Lust haben den Haushalt da reinzustellen? Nääh! Ich bin so schon froh, dass ein Teil von Ihnen die Höflichkeit besitzt noch die Augen aufzulassen. Deshalb rede ich lieber über Sachen, die mich bewegen und frustrieren. Und das sind zum Beispiel Sachen, die wir planen und dann nicht umsetzen. Was haben wir nicht alles für tolle Pläne:

Luftreinhalteplan, Masterplan 2030, Bushofplanung, 10 Kitaplan, Büchel, Masterplan "Aachener Aktionsplan Mobilität neu denken", Verkehrsentwicklungsplan? Ach nee der ist ja noch in der Planung. Aber wie sieht es denn mit der Umsetzung aus? Vielleicht machen wir mal einen Plan für einen Umsetzungsplan.

In der Kommunalpolitik haben wir ja einen Vorteil. Kaum einen interessiert, was hier passiert. Wir leben hier in unserer Filterblase, machen Woche für Woche unsere Ausschüsse, lesen die Vorlagen, stimmen ab. Aber die Menschen da draußen kriegen Null mit was eigentlich in ihrer Stadt politisch passiert. Fragen Sie doch mal draußen ein paar Leute, was wir eigentlich für Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat haben. Ab und zu verirren sich Bürger in die Fragestunde, ab und zu verirren sich Bürger sogar ins Bürgerforum. Auf die Frage, wie man Bürger vernünftig beteiligt, gibt es bis heute keine Antwort. Ganz aktuell möchte man gucken wie man das Bürgerforum verbessert. Ich mache mal einen ganz verrückten Vorschlag: "Setzen Sie das Thema doch auf die Tagesordnung des Bürgerforums und sprechen Sie endlich mal mit den Bürgern!" Der Name Bürgerforum ist an sich ja schon ein Witz. Das ist so, als würde sich eine Stewardess mit Columbus vergleichen.

In jeder Rede sollte man ja auch immer versuchen eine Message zu übermitteln, was man denn bewirken will. Und ich muss sagen, ich hatte echt Probleme da was zu finden. Es hat sich bei mir so eine Lethargie breit gemacht, man befasst sich mit dem Kleinkram der anfällt, die großen Sachen werden dagegen ausgeblendet. Und das liegt an dem

Politikbetrieb in dem ich jetzt auch im vierten Jahr bin.

In der Politik haben wir aktuell ein akutes Demokratieproblem. Nicht nur hier bei uns im Rathaus. Sondern generell. Parlament soll ja eigentlich die Gesetzgebung machen und die Verwaltung oder Regierung soll das dann umsetzen. Aktuell läuft das aber anders. Was sind wir letztes Jahr ausgelacht worden, als wir eine alternative Satzung für die Tagespflegepersonen vorgelegt haben. Was wir uns anmaßen würden? Ein aktuelles Beispiel ist da das Theater. Wir haben alle gemerkt, dass die Kosten für das Theater aus dem Ruder laufen und das da Handlungsbedarf ist. Was ist dann passiert? Es gab eine interfraktionelle Runde, bei der dann besprochen wurde: da muss was passieren. Nach der Winterpause präsentiert die Verwaltung dann Zielvereinbarungen in Form eines Kostendeckungsgrades, den das Theater künftig einhalten soll. Warum bespricht man solche Sachen nicht im Ausschuss? Warum gibt die Politik nicht vor, wo gespart werden soll und was man erreichen will? Und warum ein Kostendeckungsgrad von 16? Warum nicht 15 oder 17? Was ich aber damit sagen möchte ist, dass wir als politische Gestalter unsere Macht nicht benutzen und das ist hochgradig fahrlässig. Wenn Sie das schon nicht in einer Strukturkommission besprechen oder demokratisch im Ausschuss, warum setzen sich denn wenigstens nicht Frau Plum, Herr Linden, Frau Dr. Schmeer und Frau Reus mal zusammen und entwickeln ein Konzept? Und warum legen Sie dann nicht mal ein Konzept hin und sagen: "So Frau Grehling, Frau Schwier und Herr Rüber, hier sind die neuen Vorgaben fürs Theater - viel Spaß bei der Umsetzung!" - Sie sind doch die Fachpolitiker!

Man regiert, um zu regieren - aber hier wird nichts gestaltet. Nichts. Auch wenn wir mal auf andere Bereiche gucken. Wie stellen wir uns eigentlich den Verkehr in der Stadt vor? Was machen wir eigentlich langfristig mit dem Tivoli, dem neuen Kurhaus? Was machen wir aus dem Wahnsinnskonstrukt der EVA? Oder mit der Luftreinheit? Machen wir da jetzt nichts wie die Groko im Bund? Und das sind alles Fragen, die ich nicht von der Verwaltung beantwortet haben möchte, sondern von Ihnen hier!

-Marc Teuku-

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender PIRATEN